

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Europa und Internationales

zu der Mitteilung der Landesregierung

vom 21. Oktober 2025

– Drucksache 17/9700

Bericht über aktuelle europapolitische Themen

Beschlussempfehlung

Der Landtag wolle beschließen,

von der Mitteilung der Landesregierung vom 21. Oktober 2025 – Drucksache 17/9700 – Kenntnis zu nehmen.

5.11.2025

Der Berichterstatter:

August Schuler

Die stellvertretende Vorsitzende:

Catherine Kern

Bericht

Der Ausschuss für Europa und Internationales beriet öffentlich die Mitteilung der Landesregierung, Drucksache 17/9700, in seiner 45. Sitzung, die als gemischte Sitzung mit Videokonferenz stattfand, am 5. November 2025.

Stellv. Vorsitzende Catherine Kern wies darauf hin, die Mitteilung werde am 3. Dezember 2025 in der 136. Sitzung des Landtags von Baden-Württemberg beraten.

Abg. Alena Fink-Trauschel FDP/DVP bat um Auskunft, welche konkreten Entlastungen und Förderzugänge sich durch die Beschlüsse der Europaministerkonferenz (EMK) gerade in den Bereichen Forschungs- und Innovationsgovernance sowie Verfahrensvereinfachungen 2026/2027 für Akteure in Baden-Württemberg ergäben.

Ein Vertreter des Staatsministeriums erläuterte, der Beschluss zur Entlastung werde gerade erst erarbeitet und komme auf die Tagesordnung der nächsten EMK. Der Beschluss zu Forschung und Innovation sei an die Kommissarin Zaharieva verschickt worden. Es sei zu hoffen, dass es im nächsten Forschungsrahmenprogramm wieder Entlastungen gebe. Es sei eine Daueraufgabe, immer wieder darauf hinzuweisen – ob über die Europaministerkonferenz, andere Gremien oder die direkte Ansprache –, dass die Verfahren so ausgestaltet sein sollten, dass sich auch kleinere Hochschulen daran beteiligen könnten. Der Präsident des KIT, der an der EMK in Baden-Baden teilgenommen habe, habe betont, dass das KIT als

großes Institut eine entsprechende Struktur habe. Je kleiner eine Forschungseinrichtung sei, desto komplizierter werde es aber. In Baden-Württemberg hätten allerdings zum Teil auch schon kleinere Hochschulen entsprechende Kompetenzen aufgebaut. Durch eine Förderung des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst würden die Hochschulen darin unterstützt, Stellen zu schaffen, die sich auf die Einwerbung von Mitteln aus dem Forschungsprogramm spezialisierten. Deswegen sei Baden-Württemberg auch überdurchschnittlich erfolgreich bei der Einwerbung solcher Mittel.

Ohne förmliche Abstimmung empfahl der Ausschuss für Europa und Internationales dem Plenum, von der Mitteilung Drucksache 17/9700 Kenntnis zu nehmen.

12.11.2025

Schuler